

Resolution 11. Konferenz der  
MSO aus MV - MIGRANET-MV

Bundeskampagne kommunales Wahlrecht und  
Partizipation zur Bundestagswahl 2017

MIGRANET-MV unterstützt die Kampagne zur Erreichung des kommunalen  
Wahlrechts und der politischen Partizipation zur Bundestagswahl 2017, die viele  
Migrant-innen-nSelbstOrganisationen und Netzwerke bundesweit durchführen.

Anlage: hier leben hier wählen

Mehr Infos dazu auch unter:

[https://www.facebook.com/hierlebeichhierwaehleich/?hc\\_ref=PAGES\\_TIMELINE&fref=nf](https://www.facebook.com/hierlebeichhierwaehleich/?hc_ref=PAGES_TIMELINE&fref=nf)

Durch die 11. Konferenz der MSO aus MV 2017 in Neubrandenburg  
am 24.06.2017 mehrheitlich beschlossen.

# Hier lebe ich, hier wähle ich

Eine bundesweite Kampagne für kommunales Wahlrecht & Partizipation zur Bundestagswahl 2017

Demokratie lebt von Partizipation.  
Wer hier lebt, gehört dazu -  
unabhängig vom Pass. wir wählen  
bei der Bundestagswahl.

**Anlass** Am 24. September 2017 finden die nächsten Bundestagswahlen statt und politische Beteiligung und Teilhabe wird auch unter den Migrantinnen Thema sein. Sowohl für die Alt- als auch Neu-Zugewanderten. Etwa 4, 5 Millionen volljährige Bürgerinnen in Deutschland sind kommunal von der grundlegenden demokratischen Beteiligung - dem Wahlrecht - ausgeschlossen. Sie haben keine deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig haben 7 Millionen Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl einen Migrationshintergrund. Mit bundesweiten symbolischen Wahlen und öffentlichen Aktionen wollen wir die Themen „kommunales Wahlrecht“ und „politische Partizipation“ von Menschen mit Migrationshintergrund auf die politische Agenda setzen.

**Hintergrund** Seit den 1960er Jahren gibt es Versuche, die politische Partizipation neuer Bürgerinnen zumindest auf der kommunalen Ebene gleichberechtigt zu gestalten. Wurden entsprechende Gesetze z.B. der Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg von 1989 vom Bundesverfassungsgericht 1990 noch gestoppt, änderten 1992 Bundestag und Bundesrat mit 2/3-Mehrheit das Grundgesetz und führten das aktive und passive Wahlrecht für EU-Staatsangehörige ein. Weder ist dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit noch die kommunale Demokratie entwertet worden, vielmehr sind mehr Bürgerinnen gleichberechtigt an der Lösung ihrer Themen beteiligt.

In 15 von 28 EU-Staaten ist es unaufgeregte Praxis. Das kommunale Wahlrecht für die gesamte Bevölkerung einer Kommune stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie. Partizipation auf Augenhöhe ist die demokratische Antwort auf Rechtspopulismus und Ausgrenzung.

**Ziele** Der gesamten Bevölkerung langfristig das Wahlrecht auf kommunaler Ebene zu ermöglichen und Menschen zur gesellschaftlichen Partizipation zu motivieren sind die Ziele der Kampagne.

Menschen mit Migrationshintergrund werden aktiviert, ihr Wahlrecht zu nutzen und als Wählerinnen als auch Kandidatinnen wahrgenommen zu werden. So werden unsere Belange besser berücksichtigt (z.B. erleichterte Einbürgerung, Ermöglichung der doppelten Staatsangehörigkeit, effektiveres Handeln gegen Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Bildungssystem).

**Netzwerk** Migrantinnenvertretungen und -Organisationen in mehreren Bundesländern bilden für 2017 das Kampagnen-Netzwerk „wir wählen“. Zum Netzwerk gehören bisher: Landes-Dachverbände der Migrantinnen-Beiräte und Integrationsräte in Bayern -AGABY, Baden-Württemberg - LAKA, Brandenburg - MIR, Hessen - AGAH, Rheinland-Pfalz - AGARP, Niedersachsen - NIR, das Landesnetzwerk der Migrantinnenorganisationen in Sachsen-Anhalt - LAMSA, der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI), der Bundesverband Netzwerke von Migrantinnenorganisationen - NEMO, die Türkische Gemeinde Deutschland - TGD, VERDI-Migrationsausschüsse in Mittelfranken und Bayern, Citizens for Europe (Berlin), Jede Stimme Berlin und der Freiburger Wahlkreis 100%.

**Kampagne** Neben den klassischen Mitteln - Medienarbeit/ Erklärungen, Lobbyarbeit, social media - werden mit dem Rückenwind des Wahlkampfes symbolische Wahlen für die Nicht-Wahlberechtigten vorbereitet und beworben. Der Wahlkampf für das Wahlrecht nutzt die Elemente einer Wahl - Wahlaufrufe, Wahlveranstaltungen,

- Gemeinsam vorgehen
- Bundesweit, so flächendeckend wie möglich
- Wiedererkennung - gemeinsames Design & Methode
- Als politischer Akteur sichtbar werden
- Wähler\*innenpotenzial aufzeigen
- Niederschwellig und symbolisch
- Koordination auf Länderebene, Durchführung vor Ort
- Parteipolitisch neutral

Wahlstände, Wahlprüfsteine, Wahlwerbepspot, Wahlsong - zur Aktivierung. Höhepunkt ist die symbolische Wahl nach denselben Verfahren und denselben Listen wie bei den offiziellen Wahlen. Den symbolisch gewählten Abgeordneten werden nach der Wahl die Stimmzettel der symbolischen Wahl feierlich und öffentlich überreicht. Symbolische Wahlen sind eine lebendige, relativ neue und doch erprobte Methode vor Ort, die „Betroffene“ beteiligt, aktiviert und sichtbar macht. Die Kampagne

bringt die früheren Forderungen nach dem Wahlrecht für Drittstaatsangehörige selbstbewusst, emanzipatorisch und selbstorganisiert wieder in den öffentlichen Diskurs ein. Eine weitere Stärke dieser Kampagne ist, dass bundesweit in demselben Zeitraum niederschwellige und symbolische Aktionen mit Wiedererkennungseffekt stattfinden. So wird die Botschaft sichtbar und gut vermittelt. Die zentrale Methode der symbolischen Wahl kann je nach Standort unterschiedlich durchgeführt werden (z.B. nur Plakate, nur Veranstaltung, symbolische Wahlen vor dem Wahltag). Die lokalen Bedingungen und Erfahrungen müssen berücksichtigt werden.

Die Kampagne nutzt Design und Slogan einer europäischen Kampagne zu demselben Thema. Der Freiburg Wahlkreis 100% stellt dies kostenfrei zur Verfügung. Vorbereitet wird eine Kampagnen-website, Werbematerial (Plakate, Druckvorlagen, T-Shirts), Strategien für social media.

**Organisation** Das Kampagnen-Netzwerk „wir wählen“ entscheidet bei seinen Treffen das Vorgehen. Die beteiligten Verbände/ Organisationen bringen durch eine finanzielle Beteiligung -je nach Möglichkeit und kein Ausschlussprinzip, Ziel: 500 € + x pro Organisation - die Kampagne ins Rollen und beteiligen sich an der Realisierung.

Seit Jahrzehnten gibt es in einzelnen Kommunen und Bundesländern Einzelpersonen, Organisationen, Bündnisse, Migrant\*innenorganisationen und -Vertretungen, die auf das demokratische Defizit aufmerksam machen. Der politische Weg zur Einführung des kommunalen Wahlrechts - wie schon zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Staatsangehörige - führt über Entscheidungen im Bundestag und Bundesrat. Das ist unser Ziel!

Die Zeit ist reif.  
Gemeinsam geht mehr.





 **FABRO** FÖRDERVEREIN  
DES MIGRANTENRATS  
DER HANSESTADT ROSTOCK e.V.

Postanschrift:  
MIGRANET-MV  
c/o FABRO e.V.  
Waldemarstraße 33  
18057 Rostock  
Tel 0381 1286990  
Mail: [fabro1-ev@t-online.de](mailto:fabro1-ev@t-online.de)  
Internet: [www.migranet-mv.de](http://www.migranet-mv.de)

Resolution 11. Konferenz der  
MSO aus MV - MIGRANET-MV

## Bundeskampagne kommunales Wahlrecht und Partizipation zur Bundestagswahl 2017

MIGRANET-MV unterstützt die Kampagne zur Erreichung des kommunalen  
Wahlrechts und der politischen Partizipation zur Bundestagswahl 2017, die viele  
Migrant-innen-nSelbstOrganisationen und Netzwerke bundesweit durchführen.

Anlage: hier leben hier wählen

Mehr Infos dazu auch unter:

[https://www.facebook.com/hierlebeichhierwaehleich/?hc\\_ref=PAGES\\_TIMELINE&fref=nf](https://www.facebook.com/hierlebeichhierwaehleich/?hc_ref=PAGES_TIMELINE&fref=nf)

Durch die 11. Konferenz der MSO aus MV 2017 in Neubrandenburg  
am 24.06.2017 mehrheitlich beschlossen.

Waldemarstraße 33 18057 Rostock  Deutsche Bank  
Tel/Fax: 0381 1286990 IBAN: DE13130700240133071100  
email: [fabro1-ev@t-online.de](mailto:fabro1-ev@t-online.de) BIC: DEUTDEBROS  
AG HRO VR 1961 Kto 1330711 BLZ 1370024